



Medienmitteilung 26. Mai 2016

Bildung für Flüchtlingskinder: VPOD fordert nationale Konferenz zum Thema Unbegleitete Minderjährige Asylbewerber

Flüchtlingskinder und -Jugendliche müssen so schnell wie möglich ins Bildungssystem integriert werden. Dafür braucht es dringend mehr Mittel für Unterricht und Betreuung. Schule und Lehrpersonen leisten bereits Enormes und müssen bei dieser Aufgabe mehr unterstützt werden.

In einem Grundlagenpapier hält der VPOD fest, was es braucht, damit Kinder und Jugendliche möglichst rasch und zielgerichtet in Schule und Berufsbildung hineinflinden. Die Bildungspauschalen des Bundes reichen nicht aus, um die anstehenden Aufgaben zu lösen. Es braucht deutlich mehr Mittel, u.a. für Sprachkurse und Berufsvorbereitungskurse. Mit der sogenannten „Flüchtlingsvorlehre“ muss sofort begonnen werden, und es braucht mehr Plätze. Ausserdem braucht es eine bessere Koordination der involvierten Stellen – dafür soll eine nationale Konferenz unter Federführung des Bundes gemacht werden.

Im Jahr 2015 gab es in der Schweiz etwa 2700 Asylgesuche von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, sogenannten UMA. Circa zwei Drittel sind zwischen sechzehn und siebzehn Jahren.

Gemäss der UN-Kinderrechtskonvention wie auch der Schweizer Bundesverfassung haben alle Kinder und Jugendlichen «Anspruch auf besonderen Schutz ihrer Unversehrtheit und auf Förderung ihrer Entwicklung» (Art. 11 BV). Tatsächlich sind Unterkunft-, Betreuungs- und Bildungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen jedoch je nach Aufnahmekanton und Gemeinde sehr unterschiedlich.

Der VPOD hält in seiner Stellungnahme fest, dass Schule und Lehrpersonen mehr Unterstützung erhalten müssen, damit die Kinder und Jugendlichen so schnell wie möglich ins Bildungssystem integriert werden können. Schulen und Lehrpersonen leisten schon jetzt Enormes und müssen bei dieser zusätzlichen Aufgabe mehr unterstützt werden.

Insbesondere braucht es zusätzliche Mittel für den Sprachunterricht sowie für individuelle Förderung.

Die Kinder und Jugendlichen brauchen umfassende Unterstützung und Betreuung, landeskundlichen Unterricht auch in ihren Herkunftssprachen, Hausaufgabenhilfe und auch eine

warme Mahlzeit am Tag. Der Zugang zur medizinischen Versorgung wie auch zu Sport- und Freizeitmöglichkeiten muss gewährleistet sein.

Ein besonderes Augenmerk muss auf die Situation von Jugendlichen gerichtet werden, welche nicht mehr schulpflichtig sind. Sie müssen mindestens zwei Jahre geschult werden, damit sie sich einen Ausbildungsplatz suchen können.

Vom Bund braucht es mehr Mittel für die geplante „Flüchtlingvorlehre“, für differenzierte Potentialabklärungen, auch im Hinblick auf den bekannten Fachkräftemangel. Zudem braucht es eine klare Koordination zwischen den involvierten Bundesstellen sowie Bund und Kantonen.

Die ausführliche Stellungnahme findet sich im Anhang oder unter www.vpod.ch/kinder-auf-der-flucht.

Kontakt und Information:

Christine Flitner, Zentralsekretärin VPOD Bildung, 079 318 28 25

Katharina Prelicz-Huber, Präsidentin VPOD, 076 391 79 15